

Die USA treten aus dem IPCC aus – und zerlegen eine globale Klimabürokratie

geschrieben von Chris Frey | 13. Januar 2026

[Charles Rotter](#)

Vor wenigen Stunden hat das Weiße Haus unter Trump ein Memorandum veröffentlicht, das einen weitaus folgenschwereren Bruch mit der modernen Architektur der globalen Überwachung darstellt als es die meisten Schlagzeilen der nächsten Tage vermuten lassen dürften.

Die Vereinigten Staaten haben sich offiziell aus 66 internationalen Organisationen zurückgezogen, darunter auch Gremien, die direkt oder indirekt mit dem IPCC-Ökosystem verbunden sind, nachdem eine Überprüfung ergeben hatte, dass diese „den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen“. Die Sprache der Ankündigung ist ungewöhnlich unverblümt und listet Dutzende von Institutionen auf, die aller Wahrscheinlichkeit nach überflüssig, schlecht geführt, von aktivistischen Interessen vereinnahmt und zunehmend feindlich gegenüber der Souveränität und dem Wohlstand der USA eingestellt sind.

Auffällig ist nicht nur das Ausmaß des Rückzugs, sondern auch das Muster, das sich ergibt, wenn man die Organisationen als Gruppe betrachtet. Etwa die Hälfte – wahrscheinlich sogar mehr – trägt die unverkennbaren Spuren ideologischer Aktivisten, die sich als technische Experten ausgeben: permanente Bürokratien, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden, Zuschüsse über undurchsichtige NGO-Netzwerke recyceln und eine bekannte Mischung aus Klimaorthodoxie, DEI-Mandaten und „Nachhaltigkeits“-Slogans fördern, die weniger als messbare Ziele denn als Tests der politischen Loyalität dienen.

Viele dieser Einrichtungen haben längst aufgehört, neutrale Foren für Zusammenarbeit zu sein. Stattdessen fungieren sie als finanzielle Durchlaufstellen und Mittel zur Durchsetzung bestimmter Narrative, wobei sie explizit marxistische oder postmarxistische wirtschaftliche Annahmen hinter der moralischen Sprache der Umweltrettung verstecken.

Dieser Rückzug ist eine Ablehnung der Vorstellung, dass amerikanische Steuerzahler verpflichtet sind, ideologische Projekte zu finanzieren, die weder greifbare Vorteile noch messbaren Ergebnisse oder gar grundlegende Managementkompetenzen vorweisen können. Der Austritt aus IPCC-nahen Institutionen ist eine unverblümete, deutliche Botschaft, dass die Ära der unhinterfragten Unterwürfigkeit gegenüber der transnationalen Klima-Bürokratie vorbei ist.

Hier ist das Memorandum:

MEMORANDUM FOR THE HEADS OF EXECUTIVE DEPARTMENTS AND AGENCIES

(MEMORANDUM AN DIE LEITER DER EXEKUTIVABTEILUNGEN UND BEHÖRDEN)

Kraft der mir als Präsident durch die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika übertragenen Befugnisse ordne ich hiermit Folgendes an:

Abschnitt 1. Zweck. (a) Am 4. Februar 2025 habe ich die Durchführungsverordnung 14199 (Rückzug der Vereinigten Staaten aus bestimmten Organisationen der Vereinten Nationen, Einstellung der Finanzierung dieser Organisationen und Überprüfung der Unterstützung aller internationalen Organisationen durch die Vereinigten Staaten) erlassen. Diese Verordnung wies den Außenminister an, in Absprache mit dem Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen eine Überprüfung aller internationalen zwischenstaatlichen Organisationen durchzuführen, denen die Vereinigten Staaten angehören und denen sie in irgendeiner Form finanzielle oder sonstige Unterstützung gewähren, sowie aller Übereinkommen und Verträge, denen die Vereinigten Staaten beigetreten sind, um festzustellen, welche Organisationen, Übereinkommen und Verträge den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen. Der Außenminister hat inzwischen seine Ergebnisse gemäß der Verordnung 14199 vorgelegt.

(b) Ich habe den Bericht des Außenministers geprüft und nach Beratung mit meinem Kabinett festgestellt, dass es den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderläuft, Mitglied der in Abschnitt 2 dieses Memorandums aufgeführten Organisationen zu bleiben, an ihnen teilzunehmen oder sie anderweitig zu unterstützen.

(c) In Übereinstimmung mit der Durchführungsverordnung 14199 und gemäß der mir als Präsident durch die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika übertragenen Befugnis weise ich hiermit alle Exekutivabteilungen und -behörden an, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Austritt der Vereinigten Staaten aus den in Abschnitt 2 dieses Memorandums aufgeführten Organisationen so schnell wie möglich zu vollziehen. Für Einrichtungen der Vereinten Nationen bedeutet der Austritt die Beendigung der Beteiligung oder der Finanzierung dieser Einrichtungen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

(d) Meine Prüfung weiterer Feststellungen des Außenministers dauert noch an.

Abschnitt 2. Organisationen, aus denen sich die Vereinigten Staaten zurückziehen sollen. (a) Nicht-Organisationen der Vereinten Nationen:

- (i) 24/7 Carbon-Free Energy Compact;
- (ii) Colombo Plan Council;

- (iii) Commission for Environmental Cooperation;
- (iv) Education Cannot Wait;
- (v) European Centre of Excellence for Countering

Hybrid Threats;

- (vi) Forum of European National Highway Research Laboratories;
- (vii) Freedom Online Coalition;
- (viii) Global Community Engagement and Resilience Fund;
- (ix) Global Counterterrorism Forum;
- (x) Global Forum on Cyber Expertise;
- (xi) Global Forum on Migration and Development;
- (xii) Inter-American Institute for Global Change Research;
- (xiii) Intergovernmental Forum on Mining, Minerals, Metals, and Sustainable Development;
- (xiv) Intergovernmental Panel on Climate Change;
- (xv) Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services;
- (xvi) International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property;
- (xvii) International Cotton Advisory Committee;
- (xviii) International Development Law Organization;
- (xix) International Energy Forum;
- (xx) International Federation of Arts Councils and Culture Agencies;
- (xxi) International Institute for Democracy and Electoral Assistance;
- (xxii) International Institute for Justice and the Rule of Law;
- (xxiii) International Lead and Zinc Study Group;
- (xxiv) International Renewable Energy Agency;
- (xxv) International Solar Alliance;

- (xxvi) International Tropical Timber Organization;
- (xxvii) International Union for Conservation of Nature;
- (xxviii) Pan American Institute of Geography and History;
- (xxix) Partnership for Atlantic Cooperation;
- (xxx) Regional Cooperation Agreement on Combatting Piracy and Armed Robbery against Ships in Asia;
- (xxxi) Regional Cooperation Council;
- (xxxii) Renewable Energy Policy Network for the 21st Century;
- (xxxiii) Science and Technology Center in Ukraine;
- (xxxiv) Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme; and
- (xxxv) Venice Commission of the Council of Europe.

(b) United Nations (UN) Organizations:

- (i) Department of Economic and Social Affairs;
- (ii) UN Economic and Social Council (ECOSOC) – Economic Commission for Africa;
- (iii) ECOSOC – Economic Commission for Latin America and the Caribbean;
- (iv) ECOSOC – Economic and Social Commission for Asia and the Pacific;
- (v) ECOSOC – Economic and Social Commission for Western Asia;
- (vi) International Law Commission;
- (vii) International Residual Mechanism for Criminal Tribunals;
- (viii) International Trade Centre;
- (ix) Office of the Special Adviser on Africa;
- (x) Office of the Special Representative of the Secretary General for Children in Armed Conflict;
- (xi) Office of the Special Representative of the Secretary-General on Sexual Violence in Conflict;
- (xii) Office of the Special Representative of the Secretary-General on Violence Against Children;

- (xiii) Peacebuilding Commission;
- (xiv) Peacebuilding Fund;
- (xv) Permanent Forum on People of African Descent;
- (xvi) UN Alliance of Civilizations;
- (xvii) UN Collaborative Programme on Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries;
- (xviii) UN Conference on Trade and Development;
- (xix) UN Democracy Fund;
- (xx) UN Energy;
- (xxi) UN Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women;
- (xxii) UN Framework Convention on Climate Change;
- (xxiii) UN Human Settlements Programme;
- (xxiv) UN Institute for Training and Research;
- (xxv) UN Oceans;
- (xxvi) UN Population Fund;
- (xxvii) UN Register of Conventional Arms;
- (xxviii) UN System Chief Executives Board for Coordination;
- (xxix) UN System Staff College;
- (xxx) UN Water; and
- (xxxi) UN University.

Abschnitt 3. Leitlinien zur Umsetzung. Der Außenminister stellt den Behörden bei der Umsetzung dieses Memorandums bei Bedarf zusätzliche Leitlinien zur Verfügung.

Abschnitt 4. Allgemeine Bestimmungen. (a) Keine Bestimmung dieses Memorandums darf so ausgelegt werden, dass sie Folgendes beeinträchtigt oder anderweitig beeinflusst:

(i) die gesetzlich gewährten Befugnisse einer Exekutivbehörde oder -agentur oder deren Leiter; oder

(ii) die Funktionen des Direktors des Amtes für Verwaltung und Haushalt in Bezug auf Haushalts-, Verwaltungs- oder Gesetzgebungsvorschläge.

(b) Dieses Memorandum ist im Einklang mit geltendem Recht und vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln umzusetzen.

(c) Dieses Memorandum beabsichtigt nicht und begründet keine Rechte oder Vorteile materieller oder verfahrensrechtlicher Art, die von einer Partei gegenüber den Vereinigten Staaten, ihren Ministerien, Behörden oder Einrichtungen, ihren Beamten, Mitarbeitern oder Beauftragten oder anderen Personen nach Gesetz oder Billigkeitsrecht geltend gemacht werden können.

(d) Der Außenminister wird ermächtigt und angewiesen, dieses Memorandum im *Federal Register* umzusetzen.

DONALD J. TRUMP

<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/01/withdrawing-the-united-states-from-international-organizations-conventions-and-treaties-that-are-contrary-to-the-interests-of-the-united-states>

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/01/07/u-s-withdraws-from-the-ipcc-and-dismantles-a-global-climate-bureaucracy/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Auch in der Zeitung „Die Welt“ war das schon ein Thema:

<https://www.welt.de/politik/ausland/article695ee1644d1d5f581eeaf241/donald-trump-ordnet-an-usa-steigen-aus-66-internationalen-organisationen-aus.html>

ebenso wie heute auch in der „Süddeutschen Zeitung“.

Propaganda: Fossile Kraftwerke, die den „unglaublichen“ KI-Boom antreiben, sind „gestrandete Vermögenswerte“

geschrieben von Andreas Demmig | 13. Januar 2026

WUWT, Essay von Eric Worrall

Frau Hannah Daly, Professorin für nachhaltige Energie in University College Cork, Irland formuliert unklar:

„Wenn es eine riesige Quelle für Energienachfrage gibt, die wachsen

will, wird sie auf diese ungenutzten fossilen Brennstoffvorkommen zurückgreifen.“

„Eine unglaubliche Menge an Umweltverschmutzung“: Wie groß ist die Bedrohung durch KI für das Klima?

Warum der Klima-Gerichtsverfahren in Boulder so gefährlich ist und der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten eingreifen muss

geschrieben von Chris Frey | 13. Januar 2026

[CFACT Editorial](#)

Genau wie die [Veräußerung](#) fossiler Brennstoffe funktionieren auch Klimaklagen zur Bestrafung von Produzenten derselben (Erdöl, Kohle, Erdgas) nicht und sollten von den Befürwortern des Klimaschutzes selbst abgelehnt werden.

Der Vorwurf lautet, dass Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie die Auswirkungen ihrer Produkte falsch dargestellt und Klimaschäden und Wetterkatastrophen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar verursacht hätten.

[Energy Realism](#) beweist genau das Gegenteil.

Seit der industriellen Revolution haben fossile Brennstoffe die Welt um uns herum [aufgebaut](#) und uns einen Lebensstandard ermöglicht, von dem unsere Vorfahren nur träumen konnten.

Der erste Schritt für „Klimaschutzmaßnahmen“ ist offensichtlich, unseren Bedarf an fossilen Brennstoffen zu senken, nicht die Erzeuger zu bestrafen. Dies ist umso wichtiger, da durch die KI-Revolution viel mehr Strom benötigt wird (Kohle und Gas erzeugen 60-65 % der Energie in den USA).

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen scheint es tatsächlich unmöglich zu sein, den Verbrauch fossiler Brennstoffe weiter zu senken: Die Nachfrage der USA nach fossilen Brennstoffen steigt weiter (siehe [Erdgas](#)) oder bleibt „sehr hoch“ (siehe Öl).

Dies ist kaum überraschend, da es für Öl keinen Ersatz gibt (das [Scheitern](#) des Elektroautos ist mittlerweile unbestreitbar) und Erdgas erschwinglich, [sauber](#), reichlich vorhanden und flexibel einsetzbar ist,

um die naturgemäß schwankende Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie zu ergänzen.

Weltweit reicht das Wachstum der erneuerbaren Energieerzeugung bei weitem nicht aus, um den Anstieg des Gesamtenergiebedarfs zu decken, geschweige denn fossile Brennstoffe zu ersetzen.

Kein Wunder, dass Daniel Turner von Power the Future kürzlich die COP30 als völligen [Misserfolg](#) bezeichnet hat.

Nicht nur in [China und Indien](#), sondern auch in den reichen OECD-Ländern hält sich Kohle viel besser als uns Klimagruppen immer wieder weismachen wollen: „IEA: Kohle überholt Gas im Energiemix der OECD, während ‚Brückenkraftstoff‘ ins Stocken gerät“ [\(hier\)](#); „Diese 15 Kohlekraftwerke hätten stillgelegt werden sollen. Dann kamen KI und Trump“ [\(hier\)](#).

Der Wert billiger Energie

Wirtschaftliche Verwerfungen und Zerstörung sind die offensichtliche Folge der Bestrafung von Lieferanten natürlicher Ressourcen, die 80 % unseres Energiebedarfs decken: Öl, Kohle und Erdgas.

Wenn Sie eine Ölgesellschaft verklagen, haftet diese Gesellschaft und muss die Kosten dieser Haftung an die Käufer ihrer Produkte weitergeben; d. h., höhere Preise für fossile Brennstoffe bedeuten höhere Inputkosten für alles, was wir tun, sodass die Preise für alles steigen.

[Bericht](#) von Power the Future vom Dezember 2025: „Wie Umweltaktivismus die Preise für Güter des täglichen Bedarfs in die Höhe treibt“.

Wie wir weiterhin in den „Blue States“ [= von den US-Demokraten regierte Staaten, A. d. Übers.] beobachten können, wo immer strengere Klima- und CO₂-Emissionsreduktionsmaßnahmen alle anderen wirtschaftlichen und vernünftigen Überlegungen überwiegen, scheinen höhere Energiepreise das [Ziel](#) zu sein: „Hohe Strompreise sind eine Entscheidung, welche die Blue States jeden Tag treffen.“

Die künstliche Erhöhung der Preise für fossile Brennstoffe, um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu erzwingen, ist eine regressive Steuer, die arme Amerikaner und ethnische Minderheiten am [stärksten](#) trifft.

Öl und Gas werden immer wichtiger, nicht unwichtiger

Die harte Realität für einige ist, dass Öl und Gas noch vor wenigen Jahren etwa 68 % der Energieversorgung der USA ausmachten, und selbst nach der Amtszeit von Präsident Biden, der „klimabewusstesten Regierung in der Geschichte der USA“, haben Öl und Gas Marktanteile in unserer Energieversorgung GEWONNEN (siehe Grafik unten).

Was den „Ersatz“ fossiler Brennstoffe angeht, weiß der legendäre

Energieexperte Mark Mills, Leiter des National Center for Energy Analytics, dass das Problem in der Physik liegt: „Wir werden **niemals** eine Energiewende haben.“

Und während wir weiterhin auf die Kernenergie hoffen, verursachen große Kernkraftprojekte immense **Kostenüberschreitungen**, und wir suchen immer noch nach unserem ersten kommerziellen kleinen modularen Reaktor, in der HOFFNUNG, dass dieser irgendwann in den 2030er Jahren kommen wird.

1

Selbst ein Nicht-Fracking-Staat wie Kalifornien, der „grünste“ Staat des Landes, der seit über 20 Jahren einen Renewable Portfolio Standard hat, um vom Erdgas „wegzukommen“, kann immer noch stärker von Gas abhängig sein als der Fracking-Gigant Texas, da Wind- und Solarenergie aufgrund ihrer natürlichen Unbeständigkeit eher eine „Ergänzung“ als eine „Alternative“ darstellen (siehe Grafik unten).

2

Der Klima-Prozess in Colorado

Dies bringt uns zu dem wichtigen Klima-Prozess in unserem viertwichtigsten Ölförderstaat und achtwichtigsten Erdgasförderstaat.

Kläger: Stadt Boulder und Boulder County, Staat Colorado: **Beklagte:** ExxonMobil und Suncor Energy.

Dass dies genau wie die anderen Fälle in Colorado selbst geschieht, widerspricht jeglicher Vernunft.

Öl und Gas können jährlich fast **50 Milliarden Dollar** zur Wirtschaft des Bundesstaates beitragen und den Großteil des Energiebedarfs decken. Selbst Kohle erzeugt immer noch 28 bis 35 % der Energie des Bundesstaates, doppelt so viel wie im nationalen Durchschnitt.

In diesen Klimaprozessen konzentrieren sich die Kläger an den Küsten auf Themen wie Hurrikane und den Anstieg des Meeresspiegels, aber in Boulder wird in der 105-seitigen Klageschrift argumentiert, dass Ölkonzerne Eigentum, Sicherheit und Gesundheit geschädigt haben.

Sie sagen, dass dies auf höhere Temperaturen, Waldbrände, Dürren und eine schrumpfende Schneedecke zurückzuführen ist, die die Wasserversorgung, Skigebiete und Landwirte zerstört.

Sie fordern Milliarden von Dollar als Entschädigung für alle Schäden, die durch die Nutzung von Öl, Kohle und Erdgas verursacht wurden.

Exxon und Suncor sagen, dass der Klimaprozess in Boulder komplizierte nationale und internationale Fragen aufwirft, weshalb dieser Streit vor Bundesgerichten und nicht vor staatlichen Gerichten verhandelt werden

sollte.

Damit haben sie natürlich Recht.

Boulder ignoriert, dass der Klimawandel per Definition ein globales Problem ist, weshalb die Behauptung absolut unwissenschaftlich ist, der Klimawandel würde von Energie- und Klimapolitikmaßnahmen profitieren, die nur hier in den USA umgesetzt werden.

Was ist aus dem Motto „Wir glauben an die Wissenschaft!“ geworden?

Im Mai dieses Jahres entschied der Oberste Gerichtshof von Colorado schließlich, dass die Klage tatsächlich vor einem staatlichen Gericht verhandelt werden kann.

Nun haben Exxon und Suncor beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten (SCOTUS) beantragt, den Fall zu überprüfen, während Boulder sich dagegen ausspricht.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten (SCOTUS) prüft derzeit, ob er dem Antrag auf Certiorari (Anhörung des Falls) stattgibt. Diese Entscheidung würde darüber befinden, ob er sich in diesen wichtigen Rechtsstreit um die Klimahaftung einschalten wird.

Die Entscheidung des SCOTUS könnte einen nationalen Präzedenzfall für Klimaklagen gegen Produzenten fossiler Brennstoffe schaffen, was das Letzte ist, was wir derzeit brauchen (einige Modelle gehen davon aus, dass der Strombedarf in den USA in den nächsten 25 Jahren um 80 % steigen wird).

Der SCOTUS sollte eingreifen und eine einheitliche Regel festlegen, die bei solchen Klimaklagen konsequent angewendet werden kann.

Ein Klima-Rechtsstreit ist sicherlich nicht die Lösung.

Lösungen für die Energie- und Klimapolitik müssen vom Kongress und von Bundesbehörden kommen, nicht von staatlichen Gerichten.

Der ehemalige Klimabeauftragte John Kerry höchstselbst hat deutlich gemacht: 1) dass die Reduzierung von Emissionen eine Frage der Nutzung sich ständig weiterentwickelnder **Technologien** ist und nicht der Einreichung von Klagen vor Gericht, und 2) dass die globale Bedeutung der USA im Bereich des Klimawandels offensichtlich schwindet, da sich die noch in der Entwicklung befindlichen armen Länder lediglich für die Reduzierung unserer Emissionen entschädigen.

„Wir könnten morgen auf Null kommen, und das Problem wäre damit nicht gelöst“, **erklärte** John Kerry im Januar 2021.

Klimaprozesse wie der in Boulder sind das genaue Gegenteil von Fortschritt und letztlich selbstzerstörerisches Energie- und

Klimadenken, das die Amerikaner abgelehnt haben, als alle sieben umkämpften Bundesstaaten im November 2024 zum zweiten Mal für Präsident Trump [gestimmt](#) hatten.

Gerade weil wir immer mehr [Öl](#), [Kohle](#) und [Erdgas](#) exportieren (was von den Präsidenten Obama, Biden und Trump unterstützt wird), müssen wir in Sachen Energie und Klima pragmatisch sein, sonst laufen wir Gefahr, dass Russland, die OPEC und China die globalen Energiemärkte kontrollieren.

Erneuerbare Energien spielen in unserem riesigen Energiekomplex eine sehr wichtige Rolle, aber es ist dumm, gefährlich und eine Verschwendung wertvoller Ressourcen, den Klimawandel zu nutzen, um die fossilen Brennstoffunternehmen zu verklagen, wenn diese uns die Energieressourcen liefern, die 80 % unseres Energiebedarfs decken.

This article originally appeared at [RealClear Energy](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2026/01/05/why-the-boulder-climate-case-is-so-dangerous-and-scotus-must-step-in/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Eine bedeutungslose Zahl steuert Klima-Politik

geschrieben von Chris Frey | 13. Januar 2026

H. Sterling Burnett

Eine kürzlich im Journal of American Physicians and Surgeons veröffentlichte Studie argumentiert, dass die für die Bekämpfung des Klimawandels ausgegebenen Billionen Dollar in einer vergeblichen und unnötigen Anstrengung verschwendet werden, die zum großen Teil durch die Konzentration auf eine im Wesentlichen bedeutungslose und erfundene Messgröße getrieben wird: die globale mittlere Temperatur (GMST).

Der Autor der Studie Jonathan Cohler weist darauf hin, dass die GMST eine erfundene und schlecht definierte Messgröße ist:

Die GMST hat keine genaue regulatorische Definition und ist nach den Grundprinzipien der Thermodynamik physikalisch bedeutungslos. Dennoch sind alle IPCC-Klimamodelle darauf

abgestimmt, historische GMST-Trends zu reproduzieren. Dies entspricht dem, was Orwell vorausschauend beschrieben hat: die systematische Ersetzung der objektiven Wahrheit durch politisch bequeme Fiktion.

Cohler merkt an, dass die Grundprinzipien der Thermodynamik im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts fest etabliert waren und die Erwärmung als Energieübertragung in oder innerhalb eines Systems definierten, gemessen in Joule oder Wattsekunden, und nicht als Veränderungen in gemessenen Grad Celsius.

Eine kürzlich durchgeführte KI-Analyse der Behauptungen zur Erwärmung auf der Grundlage angeblicher Temperaturänderungen bestätigte, dass die vom IPCC zur Bestimmung und Vorhersage von Temperaturen verwendeten Verfahren und Annahmen „**grundsätzlich betrügerisch**“ sind, da das Projekt der Mittelwertbildung von Temperaturen außerhalb eines Gleichgewichtssystems, zu dem die Erde und ihre verschiedenen Klimazonen nicht gehören, bedeutungslos ist. Außerdem muss man zur Messung der durchschnittlichen Temperaturänderung innerhalb eines gemeinsamen, festgelegten Messsystems arbeiten, was die Mitwirkenden des IPCC jedoch nicht tun. Laut Cohler:

Die Temperatur ist eine intensive Eigenschaft [eine Eigenschaft eines Stoffes, die sich nicht mit der vorhandenen Stoffmenge ändert, wie z. B. Dichte, Temperatur, Farbe oder Siedepunkt usw.], die nur in Gleichgewichtssystemen definiert ist und über Nicht-Gleichgewichtssysteme hinweg nicht sinnvoll gemittelt werden kann. Die Luft und das Meerwasser an der Erdoberfläche bilden ein großes Nicht-Gleichgewichtssystem mit enormen räumlichen und zeitlichen Schwankungen in Bezug auf Temperatur, Druck, Feuchtigkeit und Wärmekapazität, zusätzlich zu dem mehr als 800-fachen Unterschied in der Massendichte zwischen Meerwasser und Luft. Es ist allgemein bekannt, dass die Temperatur als intensive thermodynamische Eigenschaft weder additiv noch sinnvoll über ein solches System gemittelt werden kann, im Gegensatz zu extensiven Eigenschaften wie Energie, Masse und Volumen, die direkt mit der Menge der Materie skalieren und über Teilsysteme summiert werden können. Wie Essex et al. zeigen, gibt es kein physikalisches Prinzip, das vorschreibt, wie Oberflächentemperaturen global gemittelt werden sollten, um eine aussagekräftige Statistik zu erhalten, sodass jede von Menschen gewählte Mittelungsmethode willkürlich ist und zu einem statistischen Artefakt ohne physikalische Bedeutung führt.

Diese Willkür ist kein unbedeutendes technisches Detail. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten, Temperaturen zu mitteln – arithmetisches Mittel, geometrisches Mittel, harmonisches Mittel, quadratisches Mittel und die gesamte Familie der Hölder-Mittelwerte, neben unzähligen anderen. Jedes Verfahren liefert unterschiedliche numerische Ergebnisse und unterschiedliche Trends im Zeitverlauf. Ohne ein physikalisches Prinzip, das ein Mittelungsverfahren einem anderen vorzieht, wird die

Wahl rein willkürlich. Wie die Essex-Studie schlüssig zeigt: „Wenn die Physik keine bestimmte Mittelungsregel vorschreibt, wie es bei der Temperatur der Fall ist, können wir jede beliebige Regel verwenden. Wenn ein Interpret der Daten eine Regel wählt, während ein anderer eine andere Regel wählt, gibt es keine Möglichkeit, eine Meinungsverschiedenheit darüber beizulegen, ob das System mit der Zeit wärmer oder kälter wird.“

Das Computer- und Logikprinzip „Garbage In, Garbage Out“ (Müll rein, Müll raus) gilt auch für Klimabehauptungen. Wie Cohler feststellt, sind alle Rückkopplungs-Prozesse und Ergebnisse, die den zukünftigen Zustand des Erdklimas beschreiben und von Computermodellen prognostiziert werden, ebenso unbegründet und willkürlich wie die GMST, die zur Untermauerung der Behauptung einer gefährlichen globalen Erwärmung herangezogen wird:

Die Auswirkungen gehen weit über die akademische Thermodynamik hinaus. Jedes vom IPCC verwendete Klimamodell (CMIP-Modelle) ist so abgestimmt, dass es historische GMST-Trends reproduziert. Wenn Modelle so kalibriert werden, dass sie einer physikalisch bedeutungslosen Größe entsprechen, werden ihre Ergebnisse ebenso bedeutungslos – nicht nur für Temperaturprognosen, sondern für alle Variablen, da es sich um gekoppelte globale Zirkulationsmodelle handelt, in denen alle Komponenten miteinander interagieren. Das Grundprinzip der wissenschaftlichen Modellierung erfordert, dass Modelle anhand physikalisch aussagekräftiger Beobachtungsdaten validiert werden.

Kurz gesagt, argumentiert Cohler, um „die Legitimität zurückzugewinnen und einen sinnvollen Beitrag zum Verständnis der komplexen thermischen Systeme der Erde zu leisten“, muss die Klimawissenschaft aufhören, abgeleitete Messgrößen wie die Klimasensitivität zu verwenden, und sich stattdessen an die grundlegende Physik halten.

Quellen: [Globe News Wire](#); [Journal of American Physicians and Surgeons](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-567-a-meaningless-number-drives-climate-policy/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

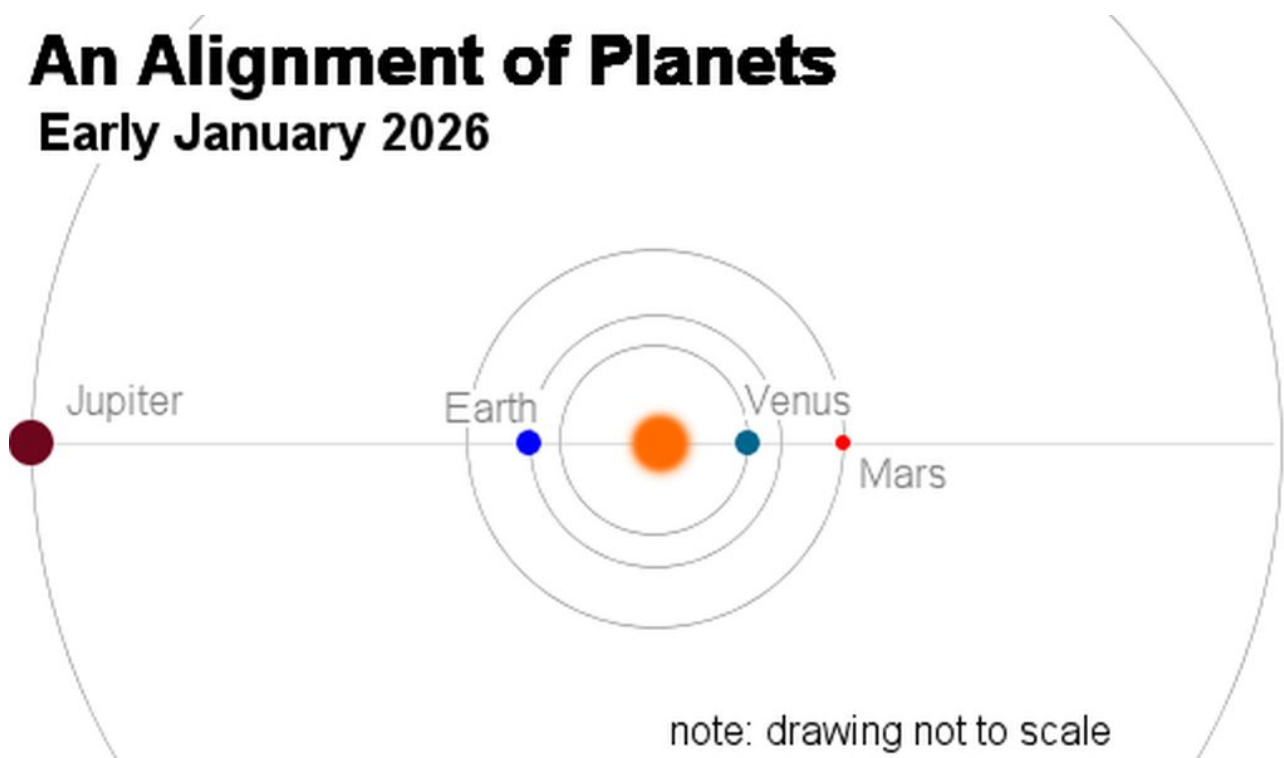
Planetenkonstellationen und Sonnenzyklen

geschrieben von Chris Frey | 13. Januar 2026

spaceweather.com

Diese Woche stehen Jupiter und Venus auf gegenüberliegenden Seiten der Sonne. Für einige Forscher ist diese Konstellation mehr als nur ein himmlischer Zufall. Eine kleine, aber beständige Gruppe von Forschern geht davon aus, dass die Planetenkonstellationen zur Regulierung der Sonnenaktivität beitragen.

An Alignment of Planets Early January 2026



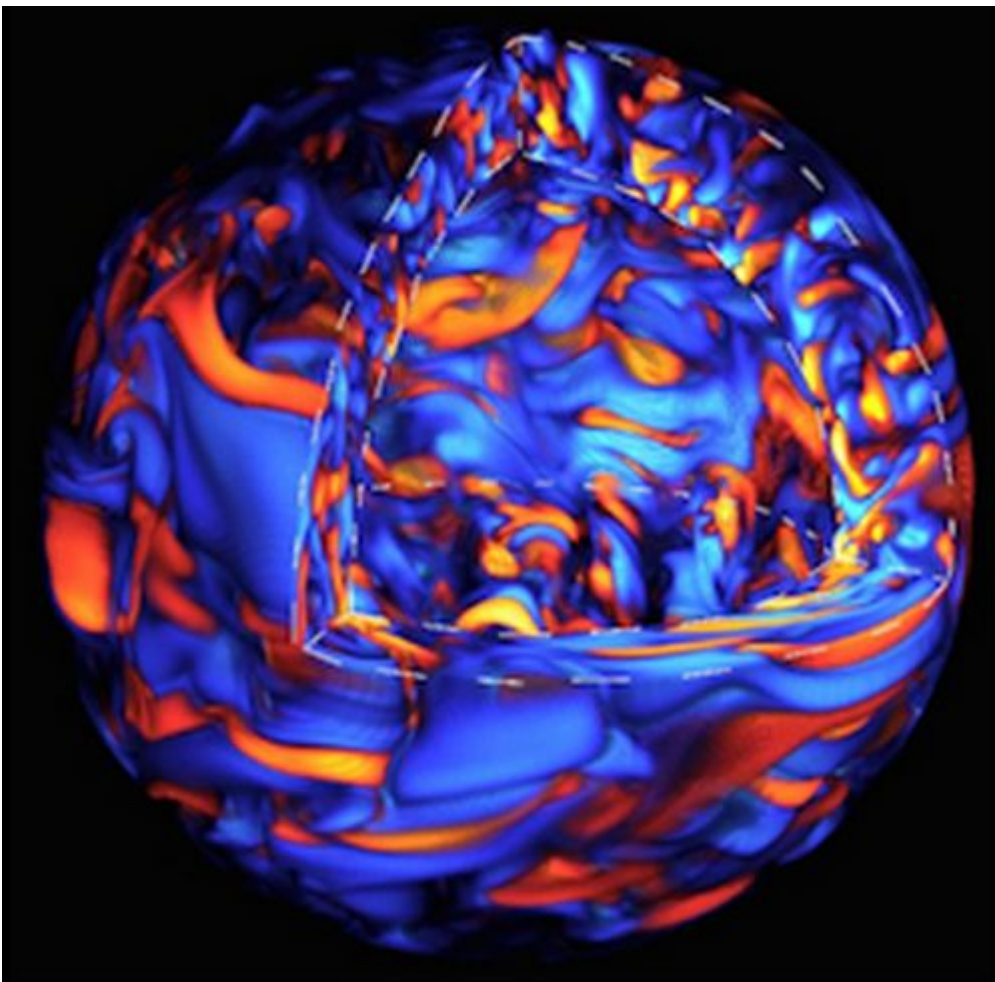
„Vor einem Jahrzehnt habe ich mich daran gemacht, einen tragfähigen Prozess zu finden, durch den der Sonnenzyklus durch die Gezeitenkräfte der Planeten synchronisiert werden könnte“, sagt Frank Stefani, Physiker am nationalen Forschungszentrum HDZR in Deutschland. „Diese Kräfte sind bekanntermaßen sehr gering, dennoch haben wir ein Modell entwickelt, das eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit der beobachteten Sonnenaktivität aufweist.“

Dies ist ein [kontroverses](#) Thema. Einige Forscher, wie Stefani, haben sich in ihrer Karriere darauf konzentriert, während andere vehement dagegen sind. Die Hypothese lässt sich jedoch nicht einfach verdrängen, bilden doch Jupiter, Venus und Erde wiederkehrende Konstellationen mit einer charakteristischen Periode von etwa 11 Jahren, ähnlich der durchschnittlichen Länge des Sonnenfleckenzyklus'. Zufall – oder mehr?

Die gängige Solarphysik geht davon aus, dass die Gezeiten von Venus und Jupiter zu schwach sind, um die Sonnenaktivität zu beeinflussen. Die Gezeiten von Jupiter auf der Erde sind eine Million Mal schwächer als die Gezeiten des Mondes, und die Gezeiten der Venus sind sogar noch schwächer als die von Jupiter. Wie könnten diese absurd kleinen Kräfte die Sonne beeinflussen?

Eine [Studie](#) von Stephani aus dem Jahr 2019 schlug einen Weg vor: Der innere magnetische Dynamo der Sonne reagiert äußerst empfindlich auf äußere Störungen („parametrische Resonanzen“). Regelmäßige „Stöße“ durch planetarische Gezeiten könnten den Dynamo in ein 11-Jahres-Muster versetzen, ähnlich wie ein Metronom, das einen Pianisten im Takt hält.

Kritiker weisen darauf hin, dass das [konvektive Rauschen](#) im Inneren der Sonne (siehe Abbildung unten) die Gezeitenkräfte in den Schatten stellt. Dennoch sind die Übereinstimmungen kaum zu übersehen.



Quelle:

https://lcd-www.colorado.edu/sabrun/movies.html?utm_source=chatgpt.com

Stefani konzentriert sich in seinen jüngsten [Arbeiten](#) auf Magneto-

Rossby-Wellen im solaren Dynamo. „Unser neuestes Modell zeigt, dass die natürlichen Perioden dieser Wellen erstaunlich gut zu den Springfluten der beiden Planeten Venus, Erde und Jupiter passen: 118 Tage für Venus-Jupiter, 199 Tage für Erde-Jupiter und 292 Tage für Venus-Erde.“

Diese Springfluten verursachen den Sonnenzyklus nicht, behauptet Stefani. Sie tragen dazu bei, ihn zu synchronisieren. Die Gezeitenperioden stimmen mit mehreren bekannten Zyklen der Sonnenaktivität überein, darunter der berühmte [Schwabe-Zyklus](#) von 11 Jahren, eine quasi-zweijährige [Oszillation](#) (QB0) von 1,7 Jahren und der [Suess-de Vries-Zyklus](#) von 193 Jahren (plus zwei [Gleissberg-Zyklen](#) von 90 und 58 Jahren).

Kritiker haben jedoch auch hier ein Gegenargument: Bei so vielen Zyklen und harmonischen Wellen findet man immer eine Übereinstimmung. Das mag zwar stimmen.

Aber Stefani hat eine Vorhersage: „Die derzeitige Ausrichtung findet nur 40 bis 60 Tage vor dem erwarteten Höhepunkt einer quasi-zweijährigen Oszillation statt. Wenn die Ausrichtung, wie unser Modell vorhersagt, magneto-Rossby-Wellen anregt, könnten wir in 40 bis 60 Tagen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit starker Sonnenaktivität rechnen.“

Link: <https://www.spaceweather.com/> vom 7. Januar 2026.

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Hinweis: Falls dieser Beitrag im Nachhinein nicht mehr leicht zu finden ist, folgt hier noch das Original, falls jemand die Übersetzung überprüfen will.

[planets](#)